

Gießener Echo

Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei Gießen

Nr. 7/40. Jahrgang

Juli 2009

Schutzgebühr: 0.30 E

Arcandor/Karstadt: Um Arbeitsplätze kämpfen

Nachdem Opel mit vielen Milliarden Euro vom Staat (und damit vom Steuerzahler) geholfen wurde und dem Arcandor-Konzern dies eben verweigert wurde, hat die Kaufhauskette Karstadt neben vielen Karstadt-Töchtern (Quelle usw.) Insolvenz angemeldet. 56.000 Beschäftigte sind betroffen – allein bei Karstadt. Über Sinn (oder Unsinn) von Staatshilfen soll hier nicht geschrieben werden, wenn doch jeder kleine Handwerker, den die Bank im Stich läßt, Pleite macht.

Trotzdem ist dazu einiges zu sagen:

* Beschäftigte von Karstadt zahlen seit drei Jahren über einen mit verdi abgeschlossenen Sanierungsstarifvertrag einen beträchtlichen Teil ihres Einkommens an Karstadt – angeblich, um ihre Arbeitsplätze zu sichern. Es ist zu hoffen, daß im Rahmen des Insolvenzverfahrens die Beschäftigten wenigstens ihren Eigenbeitrag teilweise zurückbekommen.

* Windige Manager, die im Halbjahrestakt an die Karstadt-Spitze berufen werden, waren sich nicht zu schade, alles zu verkaufen, was nicht niet- und nagelfest war. Wegen dieser Immobiliengeschäfte ermittelt z. Zt. die Staatsanwaltschaft ge-



gen Thomas Middelhoff, einen früheren Karstadt-Chef.

* Eben dieser Middelhoff wurde unter Beifall von Gesamtbetriebsrat und Aufsichtsrat an die Spitze von Karstadt gesetzt. Kritische Stimmen von der Vertre-

tung der Beschäftigten gab es damals viele.

* Im Gießener Karstadt-Haus, das zu den umsatzstärksten in Deutschland gehört, wurden Zehntausende Unterschriften von Kunden gesammelt – gegen die drohende Insolvenz. Auch zur großen Karstadt-Kundgebung in Berlin fuhr über 100 Beschäftigte – allerdings erst dann, als klar war, daß die hiesige Geschäftsleitung die Busse bezahlt sowie den Tag in Berlin als Arbeitstag gutschreibt. Ähnlich war es vor einigen Jahren, als die damaligen Geschäftsführer mit Hunderten von Karstadt-Beschäftigten zum Stadthaus zogen, um gegen die geplante Galeria Neustädter Tor zu demonstrieren.

Dem gegenüber stehen dann Tarifrunden des Einzelhandels in den letzten 20 Jahren: kein einziger Warnstreik oder Streik – dagegen hat die Geschäftsleitung etwas...

(Fortsetzung Seite 2, Spalte 3)

Kunst vor dem Stadthaus

Sorrichtigerschlossen hat sich der künstlerische Anspruch der beiden Skulpturen - und ihr Bezug zueinander - vor dem neuen „Kultur-Rathaus“ der Gießener Bevölkerung nicht. Die Meinungen gehen weit auseinander. Hier eine – zugeben einfache – Interpretation zum Nachdenken:

Der Eiserne Besen, den die Figur schwingt, symbolisiert den entschlossenen Willen



der Stadtoberen zur Reinigung. Alle, die nach der Gefahrenabwehrverordnung unerwünscht sind, sollen aus dem Stadtbild verschwinden: Trinker, Bettler, Obdachlose...

Die „Schwebenden Steine“ (Foto rechts) hingegen könnten als Indiz (vielleicht sogar Aufforderung?) gedeutet werden, sich das nicht alles gefallen zu lassen...

Inhalt:

Bildungsstreik/UZ-Pressefest	S.2
Kein Bußgeld/Landesgartenschau	S.3
Kita-Streik/Überproduktionskrise	S.4
Wieder kapitalist.Normalität?/Kuba	S.5
Afghanistan/Iran in den Medien	S.6
Leserbriefe	S.7
Termine/Verbrecherjagd in Gießen	S.8



Für Frieden und Sozialismus!



Schüler und Studierende streiken für Bildung

(Fortsetzung von Seite 1)

Karstadt

Was können Karstädter daraus lernen?

Es ist besser, auf die eigene Kraft zu vertrauen und um Arbeitsplätze zu kämpfen. Bei Fehlentwicklungen müssen Betriebsräte auch mal auf den Tisch hauen, zeitnah die Beschäftigten informieren und gemeinsam (auch mit verdi) vorgehen. Denn das ist die Wirklichkeit: bei Insolvenzen fallen Konzernmanager immer weich mittels Millionen Abfindungen. Die Verkäuferin? Eventuell ein Jahr Arbeitslosengeld und dann Hartz IV.

1000 Demonstranten in Gießen, 240.000 streikende und demonstrierende Schüler und Studierende in ganz Deutschland – der Zorn der Betroffenen über die Zustände an Schulen und Hochschulen wurde in einer Woche mitten im Juni wieder mal deutlich. Die Zurichtung aller Bildungseinrichtungen auf die Bedürfnisse der Konzerne – mit möglichst wenig Geld

die angeblichen Krawalle zu berichten. Politiker schwafeln von einer „Bildungsrepublik Deutschland“. Mit Turbo-Abitur und Bachelor-Kurzstudiengängen schaffen sie aber jede Möglichkeit für eine umfassende Bildung ab. Ministerin Schavan, auf Bundesebene für die Bildungsmisere zuständig, beschuldigt die Demonstranten, ihre Forderungen seien gestrig, im



Die Demo am 16. Juni in Gießen

Europäischen Bildungsraum gebe es keine Alternativen. Ein Grund mehr, eine Europäische Union abzulehnen, die Schmalspurausbildung zur Pflicht macht.

Freie Bildung für alle – ohne Zeit- und Geldnot – das ist eine berechtigte Forderung. Dies

möglichst effektive Arbeitskräfte ausbilden – stößt auf heftigen Widerstand. Militante Proteste wie Straßenblockaden oder Besetzung von Gebäuden an Schulen, Unis oder Verwaltungen – in anderen Ländern längst üblich – werden auch hier häufiger. Die Massenmedien nehmen das leider zum Anlaß, wenig über die konkreten Forderungen und mehr über

wäre in den reichen Industriestaaten Europas ohne weiteres möglich, trotz Krise. Aber das Kapital hat andere Interessen. Um etwas zu verändern, reichen aber ein paar Streik- und Demonstrationstage pro Jahr oder Semester nicht. Nur ständige Unruhe, ständiger Widerstand gegen die bestehenden Verhältnisse wird wirksam.

Gernot Linhart

Objemand einmal ausgerechnet hat, wieviel Arbeitsplätze durch die Expansion von Karstadt vernichtet worden sind? Nicht nur in den Geschäften, die sich früher auf dem jetzigen Gelände von Karstadt befanden, sondern auch in denjenigen, die aufgrund des Konkurrenzdruckes schließen mußten. Einen echten Markradikalen wie Stadtverordneter Zippel (Freie Wähler) ficht das alles nicht an. Sein Kommentar zum Bau der Mall am Neustädter Tor im Mai 2002: „Konkurrenz belebt das Geschäft.“ Davon können auch die Beschäftigten der Galeria Kaufhof ein Lied singen; trotz Verlängerung des Mietvertrages sind sie längst nicht aus dem Schneider, der Jubel kann verfrüht sein.

UZ-Press-Fest: 50.000 feiern mit der DKP

Beim UZ-Press-Fest in Dortmund ist der kleinen DKP wieder etwas gelungen, was sonst niemand auf die Beine bringt: Ein Fest, auf dem alle Regionen Deutschlands und fast alle Kontinente vertreten sind.

50.000 Besucher hörten Musik aus aller Welt, konnten die verschieden-

sten Speisen probieren, Bücher und Kunstwerke kaufen und immer wieder an interessanten Diskussionen zu politischen und kulturellen Themen teilnehmen.



Erich Schaffner im Hessenzelt, begleitet von Georg Klemp am Klavier



Ulrich Schneider (VVN) mit den beiden Töchtern von Peter Gingold Alice (l) und Silvia (r)

Bei den Höhepunkten, den Auftritten der chilenischen

Gruppe Inti Illimani und von Konstantin Wecker, drängten sich tausende vor der großen Bühne.

Auch das Hessenzelt war gut besucht. Bei einer Lesung aus einem Buch über Peter Gingold und beim Auftritt von Erich Schaff-

ner reichten die Plätze nicht aus; und auch bei vielen anderen Anlässen wie der Aufführung des Kabarett-Programmes der Metall-Betriebsgruppe Hanau blieb kein Sitzplatz leer.

Für alle, die dort waren, ist klar: Die Fahrt und für viele auch die Anstrengungen als Helfer oder Ordner haben sich wieder mal gelohnt. G.L.

Bußgeld erstattet, Verteil-Verbot bleibt

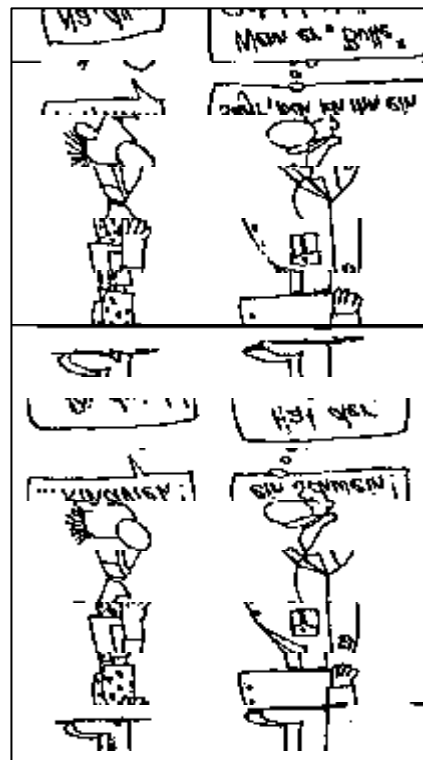
Die Attac-Verteilerin, die mit einem Bußgeld in Höhe von insgesamt 72.50 Euro belegt wurde, weil sie in der Gießener Fußgängerzone ein Plagiat der „ZEIT“ verteilt hatte, erhält ihr Geld zurück. Dies konnte durch einen Antrag der Links-Fraktion erreicht werden – jedenfalls in der Ausschuß-Sitzung wurde dem zugestimmt, was für die Sitzung des Stadtparlaments am 2.7. (nach Redaktionsschluß) ebenfalls anzunehmen ist.

Geahndet wurde nicht etwa das Plagiat, sondern das Verteilen der Zeitung, was am gleichen Tag in zig Städten der BRD geschah, ohne daß irgendwelche Ordnungshüter sich veranlaßt sahen einzugreifen. Grundlage des Bußgeldes in Gießen war (neben der Beschränkung der Behörden, das Plagiat als solches zu erkennen) die berüchtigte Gefahrenabwehrverordnung, die das Verteilen von Flugblät-

tern einschränkt. Das jedoch ist ein klarer Verstoß gegen das Recht auf freie Meinungsäußerung, wie es im Grundgesetz und in der Hessischen Verfassung verankert ist.

Folgerichtig wurde im ersten Entwurf des Antrags der Linksfraktion auch gefordert, in der Gefahrenabwehrverordnung diesen Passus zu streichen (s. Gießener Echo Nr. 6/09). Dies wurde herausgenommen und statt dessen eine allgemeine Aufforderung „dem Grundrecht auf freie Meinungsäußerung Geltung zu verschaffen“ formuliert. Natürlich wurde dies als überflüssig abgelehnt und sich wegen des Bußgeldes auf „Auslegungssache“ herausgeredet.

Es bleibt zu hoffen, daß einer der nächsten Anträge der Linksfraktion der auf Streichung des entsprechenden Abschnitts in der Gefahrenabwehrverordnung sein wird. E.B.



Aus der „Gefahrenabwehrverordnung“

Ordnungswidrig handelt nach § 15, wer...
 ...Straßenpapierkörbe durchsucht... (2)
 ... alkoholische Getränke auf öffentlichen Flächen im Umkreis von 10 m um Trinkhallen..., denen der Ausschank nicht erlaubt ist, verzehrt. (27)
 ... sich zum Alkoholgenuß in der Öffentlichkeit niederläßt... (28)
 ... Flugblätter und Werbeschriften verteilt... (35)

Schnippkoweit muß sitzen

Die Berufung des Nazis Kevin Schnippkoweit, der im vergangenen Jahr mit anderen ein Jugendcamp in Nordhessen überfallen hatte, wurde zurückgewiesen.

Damit wurde das skandalös milde Urteil von 2 Jahren und 3 Monaten Jugendstrafe, gegen das auch die Staatsanwaltschaft Berufung eingelegt hatte, rechtsgültig. Schnippkoweit muß also ein paar Monate sitzen, bis ihm der Rest auf Bewährung erlassen werden wird. Obwohl er in brutalster Weise mit Klappspaten und Bierflaschen auf ein 13jähriges schlafendes Mädchen eingeschlagen und es lebensgefährlich hatte, wurde er nur wegen „gefährlicher Körperverletzung und Sachbeschädigung“ verurteilt. Ein Paradebeispiel deutscher Justiz im Verharmlosen und Herunterspielen rechter Gewalttaten.



Landesgartenschau in Gießen:

Wer arm ist, darf nicht rein - gemein!

Im Frühjahr 2014 wird in Gießen die Landesgartenschau eröffnet; zwei Bereiche sind dafür vorgesehen: Schwanenteich/Wieseckau und rund um die Hessenhallen. Für das Projekt, das einige Millionen verschlingen wird, laufen die Ausschreibungen. Euphorisch haben alle Fraktionen im Stadtparlament zugestimmt; die Stadt wirbt mit überschwenglichen Lob: „Die Landesgartenschau in Gießen – das ist

* für ein gutes halbes Jahr ein farbenprächtiger Blütenrausch, eine Großveranstaltung mit Ausstrahlung ins ganze Land.

* die dauerhafte Bereicherung der Universitätsstadt. Schlummernde Potentiale werden gehoben, die Stadt wird lebens- und liebenswerter.“

Wird sie das wirklich? Zunächst werden die benötigten Flächen erst einmal eingezäunt und Eintritt erhoben. Mit Spazierengehen, Hund ausführen oder Entspannen in der Wieseckau ist es im Frühjahr/Sommer 2014 vorbei. Für diesen Luxus muß man bezahlen, und zwar alle, auch die Anlieger. Wie hoch der Eintritt sein wird, steht noch nicht fest. Zum Vergleich die Preise von Bad Nauheim (Landesgartenschau 2010): Tageskarte: 14 Euro, Dauerkarte 90 Euro (mit Ermäßigung für bestimmte Gruppen).

Welche Eintrittspreise in Gießen im einzelnen verlangt werden sollen, darüber verlangt die Linksfraktion in der nächsten Sitzung des Stadtparlaments Auskunft.

Kita-Streik: auf geheuchelte Solidarität kann verzichtet werden

Am 15.06.09 war in Köln die große Demonstration von ver.di im Lauf der Tarifverhandlungen im Sozial- und Erziehungsdienst. Es geht dabei um besseren Gesundheitsschutz und bessere Eingruppierung sprich Bezahlung der Erzieher/innen und Sozialarbeiter/innen.

Doppelzüngige Sonntagsredner

Auf der Kundgebung sprach auch die bundespolitische Prominenz. Hierzu bleibt für uns Kommunisten jedoch Kritisches zu bemerken.

Da spricht die CDU-Familienministerin **Ursula von der Leyen**, die noch vor weniger als einem Jahr einen Gesetzentwurf vorgelegt hatte, der vorsah, daß in Zukunft Kindertagesstätten auch gewerblich betrieben werden können. Also Gewinn vor Pädagogik. Daß ausgerechnet sie nun den Beschäftigten im Sozial- und Erziehungsdienst ihre Solidarität ausspricht, ist schon ein Witz; wäre es nach ihr gegangen, wäre der Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes durch privatwirtschaftlich betriebene Kindertagesstätten massiv unter Druck geraten. Es sprach auch der SPD-Vorsitzende **Franz Müntefering**, der natürlich als SPD-Verantwortlicher seit Jahren mit Schuld trägt für die schwierige Finanzsituation auf kommunaler Ebene, durch den ständig beschleunigten Abbau der Steuereinnahmen aus Kapitalvermögen und Unternehmenstätigkeiten.

Außerdem sollte er lieber seinem Parteifreund Thomas Böhle, Stadtrat in München und Präsident der VKA (Vereinigung

der kommunalen Arbeitgeberverbände) und eben SPD Mitglied und als solcher unerbittlicher Verhandlungsführer der Arbeitgeberseite, klarmachen, wie wichtig ein guter Gesundheitsschutz und eine erheblich verbesserte Einkommenssituation im Sozial- und Erziehungsdienst sind, als bundespolitisch sich als vermeintlicher Kämpfer für die Interessen der Beschäftigten aufzuspielen. Bleibt noch **Gregor Gysi**, der ebenfalls als Redner auftrat und dies obwohl unter Verantwortung auch seiner Partei der sogenannte rot-rote Berliner Senat, die Tarifrucht im Bereich der Länder eröffnet hat und für seine Beschäftigten eine tariffreie Zone geschaffen hat.

Von diesem Arbeitskampf sind auch auf andere betroffen

Ob wir Beschäftigte im Sozial- und Erziehungsdienst mit diesen „Unterstützern“

gut beraten sind, werden die weiteren Verhandlungen zeigen. Jedenfalls beweist die sture Position der VKA, daß es um mehr geht als nur die rund 220.000 direkt vom Tarifvertrag Betroffenen im öffentlichen Dienst. Indirekt betroffen sind auch alle Beschäftigten dieser Berufsgruppe bei Caritas, Diakonie, freien Trägern u.a., deren Arbeitsbedingungen von der „Leitwährung“ Tarifvertrag öffentlicher Dienst beeinflußt werden. Nicht zuletzt wird dieser Tarifkampf erheblichen Einfluß auf die Eingruppierungen in Bereich der Beschäftigten in der Pflege, also zum Beispiel in den Krankenhäusern haben; und hier sind ebenfalls deutliche Gehaltseinbußen geplant. Den Erzieherinnen als der Gruppe, die den Arbeitskampf im wesentlichen trägt, gilt daher die uneingeschränkte Solidarität der Giesener DKP. K.S.



Wo liegen die Ursachen der Überproduktionskrise?

Seit 1825 wird die kapitalistische Wirtschaft mehr oder weniger durch zyklische Wirtschaftskrisen erschüttert. Sie werden nicht durch den Mangel bestimmt, sondern durch ein Zuviel an produzierten Waren - natürlich nur im Verhältnis zur zahlungsfähigen Nachfrage. Karl Marx stellte fest: *"Die allgemeinen Bedingungen der Krisen... müssen aus den allgemeinen Bedingungen der kapitalistischen Produktion zu entwickeln sein."* Da die Überproduktionskrisen erst mit dem kapitalistischen System auftraten, mußten sie auch dort, in diesem System ihre Ursache haben: im Grundwiderspruch zwischen der gesellschaftlichen Produktion und der privaten Aneignung.

Infolge des kapitalistischen Eigentums an den Produktionsmitteln und der damit

verbundenen kapitalistischen Aneignung besteht das Ziel der kapitalistischen Produktion einzig und allein im Profit. Um ihn zu erzielen und auszuweiten, sind die Kapitalisten an einer möglichst weiten Ausdehnung der Produktion interessiert.

Aber der Produktionsumfang allein bestimmt jedoch noch nicht die Höhe des Profits. Dieser wird bestimmt vom Ausbeutungsgrad der Arbeiter. Je mehr die Arbeiter erzeugen und je niedriger ihr Lohn ist, um so höher ist der Profit. Darum ist der Kapitalist bestrebt, nicht nur die Produktion, sondern auch die Ausbeutung zu erhöhen.

Auf dem Markt jedoch sind die Arbeiter die Hauptkonsumenten; je höher der Ausbeutungsgrad umso niedriger ist die Kaufkraft der Massen im Verhältnis zur er-

zeugten und angebotenen Warenmenge. Es entwickelt und verschärft sich periodisch der Widerspruch zwischen Produktion und Markt, so weit, daß es zu Überproduktionskrisen kommt.

Der Grundwiderspruch zwischen gesellschaftlicher Produktion und privater Aneignung ist auch die Ursache dafür, daß im Kapitalismus eine wirklich planmäßige und proportionale Entwicklung der Volkswirtschaft nicht möglich ist.

Der gesellschaftliche Charakter der Produktion erfordert eine solche planmäßige und proportionale Entwicklung, jedoch die kapitalistische Aneignung verhindert sie. Deshalb sind Disproportionen gesetzmäßig. Zwar wird diese Erscheinung durch die staatliche Wirtschaftspolitik eingeschränkt, jedoch nicht aufgehoben. Michael Beltz

Sie spielen schon wieder kapitalistische Normalität

Lange ist es nicht her, als die Vertreter des Kapitals in Wirtschaft, Politik und Medien den Weltuntergang fürchteten, schließlich ist der Kapitalismus ihre einzig vorstellbare Welt. „Unheimliche Parallelen“ zur Großen Depression nach 1929 wurden allenthalben ausgemacht. Beiden Krisen gingen Investitionen und Konsumausgaben mit Geld voraus, das keiner hatte. Viele spekulierten mit geliehenem Geld in dem Glauben, die Schulden mit den Gewinnen endlos steigender Aktienkurse tilgen zu können. (Nebenbei, zu den gescheiterten Aktienspekulanten zählte 1928 auch der damalige Kölner Oberbürgermeister Konrad Adenauer, der von der Deutschen Bank gerettet wurde, die seine Wiederwahl gefährdet sah.) Kanzlerin Merkel verkündete Ende 2007 beim Einsetzen der akuten Krise: „Der Aufschwung kommt bei den Menschen an!“ US-Präsident Herbert Hoover jubelte 1928: „In Amerika sind wir heute dem Triumph über die Armut näher als jemals zuvor in der Geschichte irgendeines Landes.“ Mit dem New Yorker Börsensturz am „Schwarzen Freitag“, dem 24. Oktober 1929, brach das Wirtschaftswunder zusammen, vergleichbar dem 15. September 2008, als die Lehman-Bank kollabierte. Fabriken schlossen die Tore, Arbeiter flogen auf die Straße, die Armut im Lande stieg an. Letzter Rettungsanker sollten die Staaten sein, die

mit hemmungslosem Schuldenmachen, vor allem durch Rüstungsaufträge, die weggebrochene Nachfrage ersetzten. Eine solche Politik verfolgen auch die heutigen Staaten, allerdings setzte die Schuldenexplosion diesmal schon mit der Krise der Siebzigerjahre ein, in den USA mit Reagan, der dann von Bush noch weit übertrumpft wurde. Zu Reagans Schuldenpolitik sagte der frühere Bundeskanzler Helmut Schmidt bereits 1986: „Amerika ist also revitalisiert, voller Kraft, voller Optimismus - und voller Naivität. Letzteres zeigt sich daran, wie man den Aufschwung finanziert hat, nämlich durch das größte „deficit-spending“ (Haushaltsdefizit) in der Geschichte. Dieses ... übertrifft alles, was selbst Hitler und Roosevelt seinerzeit fertiggebracht haben.“

Heute ertränken Staat und Staatsbanken die Wirtschaft in Geldfluten und da können Optimismus und Kraftmeierei nicht ausbleiben. Die Börsen steigen und prognostizieren den Bullenmarkt, die Banken wehren sich schon wieder großmüßig gegen jede Aufsichtsverschärfung, die Öl-Spekulanten treiben aufs Neue die Preise. Die Politiker denken laut über das Ende der Krise nach und erzählen uns, wie sie die Schulden zurückzahlen werden. Frau Merkel benennt als Beispiel staatlicher Milliardenrückzahlung eine angebliche Tilgung der Kosten der DDR-

Übernahme, wohl wissend, dass diese nur umgeschuldet sind. Finanzminister Steinbrück fehlen zwischen 2009 und 2013 laut mittelfristiger Finanzplanung 310 Milliarden Euro. Die Wirklichkeit ist viel schlimmer. Er rechnet mit unrealistischen 2% jährlichem Wirtschaftswachstum und damit, dass die Bundesagentur für Arbeit die staatlichen Zuschüsse zurückzahlen wird. Die Gelder zur Banken- und Industrierettung hat er in einen Schattenhaushalt verbannt. Den neuerdings vom Grundgesetz geforderten Schuldenabbau will er durch „globale Minderausgaben“ erreichen. Was immer das heißt, die Masse der Menschen wird sich auf kräftige Lohn- und Rentenkürzungen und auf weiteren Sozialabbau gefasst machen müssen.

Sie spielen alle wieder die Normalität des business as usual, während die Exporte im April um 30% eingebrochen sind und die Produktion weiter sinkt. Schlüsselindustrien wie Automobil- und Maschinenbau leiden. Wachsende Exporte sind nicht in Sicht. Die Zahl der Arbeitslosen wird in den kommenden Monaten drastisch steigen, der Konsum bricht weiter ein. Der überschuldete Staat ist nicht in der Lage, die Nachfragerlücke zu schließen. „Revitalisiert, voller Kraft - und voller Naivität“? Voller Realitätsverlust.

Klaus Mewes

Solidarität mit dem sozialistischen Kuba und Informationen zu Lateinamerika

Zum 15. Mal hatte die Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba eingeladen, um am 14. Juni, dem Geburtstag von Che Guevara, Solidarität mit dem sozialistischen Kuba zu üben. Diesmal fand die Veranstaltung im Café Amelie im Gewerkschaftshaus statt, Referent war Günter Pohl, Lateinamerikakenner und Mitglied

der Internationalen Kommission der DKP. Er schilderte vor etwa 40 Anwesenden ungeschminkt und mit großer Sachkenntnis, wie in Kuba die Spezialperiode (nach dem Zusammenbruch der sozialistischen Länder) bewältigt wurde und – trotz andauernder US-Blockade, Hunger und Lebensmittelrationierung die wirtschaftliche Situation stabilisiert werden konnte. Gelingen konnte dies nur durch die gemeinsame Anstrengung der kubanischen Menschen, die sich nicht wieder zum Hinterhof der USA machen lassen wollen, was noch immer das Ziel auch von Obama ist. Fundiert auch die Ausführungen über die anderen lateinamerikani-

schen Staaten, in denen der Einfluß der USA schwindet. Für viele Zuhörer verblüffend seine Feststellung, das Venezuela – trotz vieler euphorischer Berichte von links und Katastrophenmeldungen von rechts - nach wie vor ein kapitalistisches Land ist. Acht von neun Betrieben, die verstaatlicht worden sind, waren erst in den letzten Jahren vor Chavez Regierungsübernahme privatisiert worden; und mit den Öllieferungen wurde Kuba lediglich solche Vergünstigungen gewährt, die andere lateinamerikanische Länder schon lange erhalten. Auch Fragen zu Kolumbien, zu Entführungen und der Forderungen, die Waffen niederzulegen, wurden problematisiert. Wegen politische, Genozid, "genocidio político", der an der Angehörigen der Partei "Unión Patriótica" begangen wurde (ca 4.500 Opfer), wird die kolumbianische Regierung inzwischen international angeklagt. Kann man da die Opposition auffordern, ihre Waffen abzugeben?



Günter Pohl (r) und Henning Mächerle FG BRD-Kuba



Helmut Peters. Die VR China - Aus dem Mittelalter zum Sozialismus, Neue Impulse Verlag Essen 2009, ca. 480 Seiten, 19,80 Euro

Afghanistan – noch mehr Tote?

Drei Tote in Afghanistan – eigentlich ist das keine besondere Meldung, denn Tote gibt es dort jeden Tag. Für deutsche Medien interessant ist die Nachricht nur, wenn es sich um Bundeswehrsoldaten handelt. Die Reaktion der Bundesregierung ist verheerend: Jetzt wird eine härtere Gangart angeschlagen, droht Kriegsminister Jung. Mehr Gefechte, noch mehr Tote, das ist die logische Folge. Nach Aussage von Mitgliedern des Verteidigungsausschusses, die kürzlich die Bundeswehr in Afghanistan besucht haben, prahlen dort Soldaten damit, wie viele Taliban (bzw. Einheimische, die sie dafür halten) sie schon getötet haben.

Der Krieg in Afghanistan ist militärisch nicht zu gewinnen – darüber sind sich fast alle - Militärs, Politiker, Fachleute - einig. Trotzdem wird er mit zunehmender Härte weiter geführt. Angeblich ist es gar kein Krieg, nur der Aufbau und die Entwicklung wird geschützt. Gleichzeitig aufbauen und zerstören, ausbilden und töten, das kann aber nicht funktionieren. Nur eine politische Lösung, die von den Menschen dort selbst gestaltet wird, kann langfristig den Konflikt lösen. Am Hindukusch wird die Freiheit Deutschlands verteidigt – dieser Spruch des ehemaligen Kriegsministers Struck gilt für die Regierung immer noch. Was würden die machen, wenn die Afghanen auf die Idee kämen, ihr Land im Vogelsberg zu verteidigen?

Gernot Linhart

Zur Medienkampagne vor und nach den Wahlen im Iran:

Fieberwahn der euroamerikanischen Medien und Regierungen angesichts der iranischen Wahlen – was auch immer die Faktenlage sein und wie die Beurteilung des iranischen Regimes auch ausfallen möge – legen doch einige freundschaftliche Ratschläge nahe.

Wie wäre es, wenn man die Gouverneure von Florida (den von 2000) und von Ohio (2004) hin senden würde, um die Iraner zu unterweisen, wie man Wahlen ernsthaft durchführt? Wie, wenn man die Verantwortlichen des Gefängnisses von Abu Ghraib im besetzten Irak oder jene des Konzentrationslagers von Guantánamo nach Teheran schickte, um den mittelalterlichen Orientalen den hohen Stand der westlichen Demokratien im Umgang mit politischen Gefangenen beizubringen?...

Man sagt uns also, es habe Wahlbetrug gegeben. Man hatte uns seinerzeit auch gesagt, dass es Massenvernichtungsmittel im Irak gebe. Und Genozide im Balkan.

Ebenso sagte man uns, dass die Grundlagen der Volkswirtschaften solide seien. Wieso sollten wir denn glauben?

Auch in Venezuela haben sie es geschafft, Tausende (vorwiegend aus der Mittel- und Oberschicht) auf die Straßen zu bringen, um den Sturz

„des Diktators“ zu bewerkstelligen, der legitim eine Wahl nach der anderen gewonnen hat. Sie organisierten sogar einen Staatsstreich, zur Freude der CNN.

Von der Ukraine bis zu Moldawien zeichnet sich der Brauch ab, dass „Betrug“ geschrieen und Unruhen organisiert werden, wenn der von den Amerikanern gestützte Kandidat nicht gewinnt. Die Berichterstatlerin der staatlichen portugiesischen TV-Kanals RTP, Márcia Rodrigues, die keiner Sympathie mit dem Regime verdächtigt wird, sprach von gigantischen Volksversammlungen Ahmadinejads, die nie in den angloamerikanischen TVs zum Vorschein kamen.

Es ist kein Geheimnis, dass der Iran Zielscheibe von Drohungen und Aggressionen der USA, Großbritanniens und Israels war. Es ist ein Land, das von vielen Zehntausenden von US-amerikanischen Soldaten im benachbarten Irak und Afghanistan umgeben ist. Der CIA verfügt über einen Plan, um das widersprüchliche und gespaltene iranische Regime «zu destabilisieren und eventuell zu stürzen» (Telegraph, 27.5.07). Wieso sollten wir den Worten dieser Leute glauben?...

(gekürzt aus: „Avante“, Zeitung der Kommunistischen Partei Portugals)



Leserbriefe

Volksverhetzer Sarrazin

Thilo Sarrazin, seines Zeichens ausgewiesener HARTZ-IV-Volksverhetzer, hat wieder verbal zugeschlagen. Im Magazin Stern (das sich im Übrigen kein Hartzie leisten kann!!) äußerte er sich wie folgt: „HARTZ-IV-Empfänger sind erstens mehr zu Hause, zweitens haben sie es gerne warm und drittens regulieren viele die Temperatur mit dem Fenster.“

Gleichzeitig stellte er die unverschämte Frage, wie es zu schaffen sei, „daß nur diejenigen Kinder bekommen, die damit fertig werden.“ Das Sozialsystem müsse so geändert werden, „daß man nicht durch Kinder seinen Lebensstandard verbessern kann, was heute der Fall ist.“ Diese Infos habe ich aus der aktuellen Mieter-Zeitung.

Also - so lange die SPD Wesen (Mensch oder Mann mag ich so etwas nicht nennen!) mit derartigen Charakterschwächen in ihren Reihen beherbergt, kann sie sich den Begriff „Sozial“ in ihrem Parteinamen abschminken!!!! Und sie wird immer weniger Prozente einheimsen. Erika Wolf

Staatsbürgerschaften

Egal, ob bei Banken, Opel oder Karstadt, die Gewährung von direkten Hilfen und Bürgerschaften muss im Interesse der Allgemeinheit sein. Das ist allerdings von Kapital und Kabinett nicht gewollt. Also gilt der alte Satz von der Sozialisierung der Verluste und der Privatisierung der Gewinne weiterhin! Uwe Moldenhauer

Cuba

Als letzter Staat Lateinamerikas hat El Salvador die diplomatischen Beziehungen zu Cuba wiederhergestellt. El Salvadors neuer linksgerichteter Präsident Mauricio Funes gab diesen Schritt nach fast 50 Jahren diplomatischer Eiszeit bekannt. Falk Moldenhauer

Kurras „Enttarnung“ stellte sich als Nebelleuchte heraus

In diesem Jahr hätte die DDR ihr 60. Jubiläumjahr. Dass sie faktisch nur 40 Jahre alt wurde, ist dem Sieg der Konterrevolution zu „verdanken“, der verschiedene innere und äußere Ursachen als Voraussetzung hatte. Jedenfalls fiel nicht ein Schuss seitens der Staatsmacht um diese zu stoppen. - Man stelle sich dies

Heinz Kurras, als Stasi-Agent inszeniert. Es stellte sich als Strohhalm heraus. Bei vielen Studierenden wurde das politische Bewusstsein durch diesen feigen Mord, der am 2. Juni 1967 geschah, geprägt. Keine Maus beißt davon einen Faden ab, dass der Polizeieinsatz gegen die Anti-Schah-Demonstration unange-



messsen hart verlaufen ist, dass die Schuld für den Tod Ohnesorgs von fast allen prominenten Politikern und in den Medien zunächst ihm selbst oder den Demonstrierenden zugeschrieben wurde, dass Kurras nicht mangels Beweise, sondern auf Grund einer eigens für seinen Fall gestrickten „putativen Notwehr“ freigesprochen wurde, dass bei der Auseinandersetzung mit

der RAF auch durch Schüsse der Polizei einige Menschen zu Tode gekommen sind. Uwe Bossart

einmal in BRD vor! Die Folgen dieses vorläufigen „Sieges“ werden heute deutlicher und für die Bevölkerung spürbarer: Wirtschafts- und Finanzkrise, Arbeitslosigkeit, Armut, Sozialabbau, Hochrüstung, Kriege nach innen und außen, Abbau des Gesundheits- und Bildungssystems, verschärfter Klimawandel, Überwachungsstaat, Folterdiskussion, Aufkommen (neo-)faschistischer Parteien und Bewegungen etc.

Uwe Bossart

Um von den kapitalistischen Ursachen dieser Erscheinungen abzulenken und die Alternative Sozialismus nicht in die Köpfe der Menschen kommen zu lassen, muss die DDR postum nach 20 Jahren noch einmal verstärkt delegitimiert werden. Die historischen Entwicklungsmöglichkeiten und Errungenschaften der frühsozialistischen DDR werden völlig ausgeblendet. Ein neuer Anlauf sähe heute bzw. in Zukunft objektiv und notwendiger Weise anders aus. Aber dies soll nicht sein!

Dazu wurde u.a. die „Enthüllung“ des Mörders von Benno Ohnesorg, Karl-

Redaktionsschluß für das August-Echo: 30.7.09

Gießener Echo

Hrsg: DKP Kreisvorstand Gießen; verantw.: Erika Beltz, Erscheinungsweise: monatlich. Bezugsgebühren: 15 € im Jahr (inkl. Versandkosten), erm. 10 € Kto.Nr: 193070 bei Sparkasse Gießen, BLZ 51350025. Eigendruck. Bestellungen, Leserbriefe, Anfragen an: Gießener Echo, Postfach 110226, 35347 Gießen, Telefon/Fax 0641/2503430. E-Mail: dkp@dkp-giessen.de. Im Internet: <http://www.dkp-giessen.de> <http://www.dkp-hessen.de> Bitte ausschneiden und einsenden:

- Ich möchte:
- Informationen zum Thema:
 - Ich möchte Mitglieder der DKP kennenlernen
 - das Gießener Echo drei Monate kostenlos zur Probe beziehen
 - das Gießener Echo abonnieren und damit zu allen Veranstaltungen eingeladen werden

Name:

Adresse:



UZ unsere zeit
Sozialistische Wochenzeitung



Probexemplare bzw. 10 Wochen gratis-Abo (endet automatisch):

UZ-Unsere Zeit, Hoffnungstr. 18, 45127 Essen, tel 0201-2486482, E-mail: UZabo@t-online.de www.unsere-zeit.de

Verbrecherjagd in Gießen

Mit Blaulicht und Lautsprecherdurchsagen fahndete die Polizei in Gießen am 15. Juni (z.B. nach 18 Uhr im Seltersweg) nach einem gefährlichen Häftling, der aus der Strafanstalt Preungesheim/Frankfurt ausgebrochen war. So eine Suchaktion kommt nicht oft vor. Was muß das für ein Schwerverbrecher sein, vor dem die Bevölkerung gewarnt werden muß?

"Bild" weis es: es handelt sich um einen „gewalttätigen Ausbrecher“, der wegen „bandenmäßigem Diebstahl, Hotel- und Restaurantenbrüchen, Körperverletzung und Widerstand“ verurteilt worden sei, und vor dem die Bevölkerung zuletzt sicher gewesen sei. Dpa/lhe übernimmt das – entgegen aller journalistischen Sorgfaltspflicht - ungeprüft und so gelangt die Meldung u.a. auch in die Gießener Tageszeitungen.

Die Wahrheit ist anders. Bei dem Entflohenen handelt es sich um den 26jährigen Algerier L.B., „der (so eine Sprecherin des hessischen Justizmi-

nisteriums) keine Straftaten begangen hat“. Der Anstaltsleiter Frank Lob der JVA Preungesheim bestätigt: der Bildartikel entspricht nicht der Wahrheit. Gegen L.B. sei Abschiebehaft angeordnet worden, weil er gegen Bestimmungen des Ausländerrechts verstoßen habe. Abschiebehaft werde zudem generell nicht angeordnet, „um die Bevölkerung zu schützen“, sondern einzig, um zu verhindern, daß der Festgenommene untertauchen könne. Das ist L.B., der Angst davor hatte, Deutschland zu verlassen, mit seiner Flucht, auf der er sich schwer verletzt hat, gelungen.

Selbstverständlich gab es weder von „Bild“ noch von dpa eine Richtigstellung. Der Zweck war erreicht: es wurden Ängste unter der Bevölkerung geschürt und somit die Stimmung für schärfere „Sicherheitsgesetze“ angeheizt. Die Frage, ob dpa wirklich „versehentlich“ dieser Medienmanipulation aufgesessen war, ist berechtigt.

Erika Beltz



Liebe Leserinnen und Leser, diese Zeitung zu machen kostet Geld. Wir bitten daher um **Spenden**, auch damit wir das Echo weiterhin in hoher Auflage von 6000 verteilen können.

Gießener Echo

Konto Nr. 193070,
BLZ 51350025,

Sparkasse Gießen

Die Echo-Redaktion dankt herzlich.

Die nächste öffentliche Mitgliederversammlung der DKP ist am Mittwoch, dem 8. Juli, um 19.30 Uhr im Winchester-Zimmer der Kongreßhalle

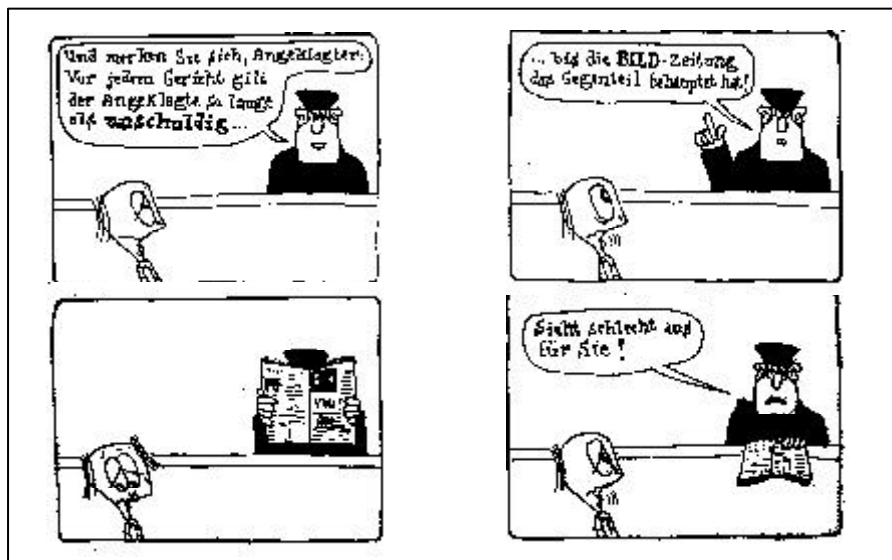


Jeden Montag, 18 bis 19 Uhr bei den 3 Schwätzern:

Protest gegen

Hartz IV

Gießener Montags-Demo:
www.gimode.wordpress.com



„Die Verteidigung Deutschlands am Hindukusch“

Theaterstück der Berliner Compagnie

Am Antikriegstag, dem 1. September 2009, 19.30 – 22.00 Uhr
in der Aula des Uni-Hauptgebäudes, Ludwigsstraße

Die Berliner Compagnie macht seit den 80er Jahren professionelles, politisches Theater und bietet ihr Programm auf Tournée bundesweit an. Das aktuelle Stück handelt von der wahren Geschichte des Krieges. Die wahre Geschichte, das ist die Geschichte der Opfer. Im Zentrum des Stückes steht deshalb die Geschichte einer afghanischen Familie im mittlerweile 30jährigen Krieg. - In der Ankündigung steht: „Bei all seinem dokumentarischen Charakter wird das Stück ... zugleich voll Musik und Poesie sein und auch über die Sinne das Nachdenken über eine andere Politik beflügeln. Denn wir sind Teil der Geschichte und entscheiden mit, in welche Richtung sie sich bewegt“.